

Über die Arbeit einiger Parteiorganisationen in Privatbetrieben des Kreises Glauchau

Stellungnahme des Sekretariats des Politbüros der SED

Eine Instrukteurgruppe der Org-Instrukteur-Abt. des Partei Vorstandes untersuchte in den letzten Wochen die Arbeit unserer Parteileitungen in den Privatbetrieben im Kreis Glauchau. Das Sekretariat des Politbüros nahm diese Berichte zur Kenntnis, sprach die Kreise durch, um Schlussfolgerungen für die Verbesserung der Arbeit in den Parteiorganisationen in diesen Betrieben und der Anleitung durch die übergeordneten Parteileitungen zu ziehen.

Im Betrieb Bahner, Oberlungwitz, konnte festgestellt werden, daß eine einträgliche „Freundschaftspolitik“ zwischen dem Unternehmer und den Mitgliedern unserer Partei besteht. Sie meinen, daß sich ihr „Chef“ streng an die Gesetze halte und eine Kontrolle der Betriebsgruppe deswegen hin-fällig wäre. Dabei wissen sie aber, daß fast jede Woche sogenannte Handelsreisende mit Korruptionsgepäck aus dem Westen kommen und mit anderem Gepäck wieder abfahren. Sie machten sich darüber keine Gedanken, da sie der Meinung sind, daß der Unternehmer nichts tue, was mit dem Gesetz nicht vereinbar ist. Die Betriebsgruppe hat nicht genügend beachtet, daß einzelne Fachkräfte dieses und anderer Betriebe auf „heimliche Weise“ nach dem Westen verschwinden — obwohl sich überall herumgesprochen hat, daß mit Hilfe der Facharbeiter eine gleichartige Industrie künstlich im Westen aufgezogen wird.

Der Unternehmer dieses Betriebes versucht es, in kollegialen Unterhaltungen den Belegschaftsmitgliedern die „Vorzüge“ der westlichen Wirtschaftsmethoden anzupreisen. Er beklagt sich, daß ihm durch das Vertragssystem mit der volkseigenen Industrie die Hände gebunden seien, und vertritt die „freie Marktwirtschaft“ im Westen, die es ihm gestatten würde, noch viel besser für seine Belegschaft zu sorgen. Die Genossen haben nicht mit genügendem Ernst dagegen Stellung genommen, daß er mit diesen Argumenten den Aufbau einer friedlichen Wirtschaft auf der Grundlage unserer Pläne verleumdete und das Ausbeutensystem der alten kapitalistischen Wirtschaftsweise anpreiste. Sie wissen aber von zurückgekehrten Arbeitern, die durch die westliche „freie Marktwirtschaft“ angeekelt wurden, und durch Briefe, welche Arbeitslosigkeit die vom Unternehmer gepriesenen Auffassungen begleiten. Sie wissen weiter, daß durch die Verträge mit unserer volkseigenen Industrie die Möglichkeit der vollsten Auslastung der Produktion der privaten Textilbetriebe besteht.

Die Genossen in den Betriebsgewerkschaftsleitungen glauben, daß sie das Mitbestimmungsrecht verwirklichen. Ihr Mitbestimmungsrecht beschränkt sich jedoch auf die formale Kontrolle der Post, die ihnen durch die persönliche Sekretärin des Unternehmers nach deren Durchsicht überreicht wird. Damit versteht es der Unternehmer, sie von der Sorge um den werktätigen Menschen abzulenken, so daß ihr Mitbestimmungsrecht so weit geht, wie es der Unternehmer zuläßt.

ideologische Sorglosigkeit

Die besondere ideologische Sorglosigkeit in diesem Betrieb wurde dadurch gekennzeichnet, daß das Mitglied unserer Partei, Martin, der ein leitender Angestellter dieses Betriebes und gleichzeitig Gemeindeverordnetenvorsteher war, am 8. Mai zum Tag der Befreiung eine Rede hielt, ohne auch nur einmal die Befreiung durch die Sowjetarmee zu erwähnen. Nicht nur, daß das unseren Genossen nicht aufgefallen war, fanden sie auch nichts dabei, als sich dieses Mitglied unserer Partei hinterher noch dieser Provokation rühmte. Als derselbe einige Tage später nach dem Westen ging, um bei den im Westen befindlichen Mitinhabern der Firma eine Anstellung zu erhalten, fanden es unsere Genossen unverständlich. Sie wußten keine Zusammenhänge zu erklären zwischen dem laufenden Abzug von Facharbeitern nach dem Westen, seiner antisowjetischen und arbeiterfeindlichen Anschauung und seinem jetzigen Lakaiendienst bei den Mitinhabern der Firma im Westen. Die ideologische Sorglosigkeit der Betriebsgruppe kam in einer Versammlung folgendermaßen zum Ausdruck: „In der heutigen Zeit des nationalen Notstandes müssen wir den Kampf gegen die Unternehmer unterlassen, die durch die wirtschaftlichen Erschwerungen im Westen genau so leiden wie die werktätige Bevölkerung.“

Damit verzichteten sie auf die Interessenvertretung der Belegschaft gegenüber dem Menschenraub der westlichen Agenten, deren Einfluß bis in den Betrieb reichte. Sie verzichteten dabei auch auf die Forderung der Einhaltung unserer Wirtschaftsgesetze, die durch den

Dabei wurde festgestellt, daß in den Textilbetrieben, die in der Hauptsache weibliche Belegschaften haben, von einer Massenarbeit unserer Partei wenig zu spüren ist. Die Funktionäre und Mitglieder unserer Partei haben die besondere Lage in den Privatbetrieben, die durch das Verhältnis des Unternehmers zum Lohnarbeiter gekennzeichnet ist, nicht erkannt.

Vertragsabschluß mit volkseigenen Betrieben das Recht auf Arbeit und tarifliche Entlohnung garantieren.

Keine Wachsamkeit gegen Korruption und Agenten

Ähnliche Feststellungen konnten im Textilbetrieb Raabe, St. Egidien, gemacht werden. Hier macht sich bei dem Großteil der Genossen der Sozialdemokratismus sehr stark bemerkbar, was dadurch gefördert wird, daß der Unternehmer sich in besonders ausgeprägtem Maße der Korruption bedient. Unsere Genossen fallen auf die Machenschaften des Unternehmers herein, der ein sehr joviales und „soziales“ Gebaren an den Tag legt, viele Tausende Mark für Belegschaftsvergügen mit Essen und Getränken ausgibt und große Spenden an alte und kranke Einwohner des Dorfes stiftet. Der von dem Unternehmer korruptierte BGL-Vorsitzende, Mitglied der CDU, verzichtet auf sein Gehalt als BGL-Vorsitzender im Interesse des sozialen Fonds der Belegschaft. Der Unternehmer wie der BGL-Vorsitzende zeigen sich der FDJ-Gruppe gegenüber in Geldsachen äußerst spendabel. Unseren Genossen in der Betriebsgruppe ist es nicht eingefallen, nach der Herkunft dieser Geldsummen zu fragen. Eine wirkliche Kontrolle und ein praktisch ausgebildetes Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaft hätten sicherlich leicht festgestellt, daß es sich bei diesen Geldern nicht um das Privatvermögen des Unternehmers oder um ordentlich verbuchte Geldbeträge handelt. Die ideologische Sorglosigkeit unserer Partei in diesem Betriebe kommt in der unkritischen Stellung gegen den genannten CDU-Vorsitzenden zum Ausdruck, der sich bisher strikt weigerte, sich an die gemeinsamen Blockabmachungen zu halten, und weiterhin eine Hetze gegen die Friedensgrenze an Oder und Neiße betreibt. Unsere Parteiorganisation hat bisher keine Schlussfolgerungen gegen diesen amerikanischen Agenten gezogen.

Der Sozialdemokratismus macht sich bemerkbar in einer Ablehnung von Parteiaufträgen und einer aktiven Parteiarbeit und der Nichteinhaltung der Parteidisziplin. Begründet wird die Inaktivität von vielen Genossen damit, daß sie durch ein offenes Eintreten für unsere Partei von ihrem Unternehmer einen schlechteren Arbeitsplatz und damit schlechtere Lohnbedingungen zu erwarten hätten. Durch dieses Zurückweichen vieler Mitglieder unserer Partei gelingt es den Reaktionen, immer wieder Einfluß auf die Belegschaft zu gewinnen. Der Burgfrieden, den unsere Parteiorganisation mit dem Unternehmer geschlossen hat, schwächt das Vertrauen der Belegschaft zu unserer Partei und liefert sie vollkommen dem Einfluß des Unternehmers und BGL-Vorsitzenden aus.

Die Lehren aus den Fehlern ziehen

Aus diesen Berichten unserer Instrukteurgruppe konnte der Schluß gezogen werden, 1 daß sich die Parteiorganisationen mit den Beschlüssen unserer Partei nicht eingehend befaßt haben und dadurch weder einen Kampf gegen die Unternehmerideologie der „freien Marktwirtschaft“ noch gegen die sozialdemokratische Burgfriedenspolitik führen.

Die Verantwortung für die Arbeit der Parteiorganisationen in diesen Privatbetrieben trägt die Leitung unserer Partei im Kreis Glauchau.

Das Sekretariat des Kreises beschäftigte sich mit vielen Fragen und hatte in der volkseigenen Industrie gute Erfolge zu verzeichnen. Da das Sekretariat aber die Beschlüsse unserer Partei „Auf neue Weise arbeiten und leiten“ nicht gründlich studierte und anwandte, die Anleitung und Hilfe für die Parteiorganisationen in den Privatbetrieben vernachlässigte und keinen genügenden Überblick über die Tätigkeit feindlicher Agenten und den Sozialdemokratismus hatte, wurde bisher keine Änderung herbeigeführt.

Für das Kreissekretariat hätte die Notwendigkeit bestanden, einige dieser Privatbetriebe und die Arbeit unserer Parteiorganisationen in diesen gründlich zu untersuchen, die Fehler und Schwächen zum Gegenstand eingehender Aussprachen im Sekretariat zu machen und Beschlüsse zur Verbesserung der Arbeit dieser Parteiorganisationen zu fassen. Das Sekretariat hat sich keine solchen Schwerpunkte der Arbeit

ausgesucht und keinen einzigen Beschluß über die Verbesserung der Arbeit der Parteiorganisationen in Privatbetrieben auf Grund eingehender Untersuchungen gefaßt.

Dadurch konnten der Sozialdemokratismus und die Burgfriedenspolitik mit den Unternehmern in unseren Parteiorganisationen der Privatbetriebe sich ungehindert entfalten, die Belegschaft den Einflüssen des Unternehmers und seiner westlichen „freien Marktwirtschafts-ideologie“ ausgeliefert werden und, wie der Fall Martin beweist, amerikanische Agenten die Politik unserer Parteiorganisation beeinflussen. An dem Beispiel Martin zeigt es sich, daß man diesen Fall nicht offen in der Partei diskutiert hat. An dem Beispiel des Sozialdemokratismus und des Zurückweichens in dem anderen Betriebe zeigte es sich, daß man keinen offenen Kampf vor der ganzen Parteimitgliedschaft gegen solche Auffassungen geführt hat. Man hat den Genossen nicht die Politik unserer Partei entwickelt, man hat auf die Kritik und Selbstkritik verzichtet und sich deswegen von den alten feindlichen Auffassungen nicht gründlich und radikal getrennt. Die Parteiorganisation kann kein höheres ideologisches Niveau erreichen, wenn njan den Genossen nicht an konkreten Beispielen der Sorglosigkeit und der Burgfriedenspolitik hilft, 1 urere Beschlüsse und die Generallinie der Partei zu verstehen. Der Unternehmerideologie der „freien Marktwirtschaft“ wurden von der Belegschaft keine Argumente entgegengestellt, wie die Schädlichkeit solcher Auffassungen, wie sie unsere ganze Vergangenheit beweist, zu entlarven.

Kritik und Selbstkritik entfalten

Für die Parteiorganisationen in den Privatbetrieben in Glauchau kommt es jetzt darauf an, diese alte Burgfriedenspolitik und das Ausweichen vor der Auseinandersetzung mit feindlichen Auffassungen radikal durch die breiteste Entfaltung der Kritik und Selbstkritik auf der Grundlage des Entschließungsentwurfes zum III. Parteitag zu behandeln, in den Parteiorganisationen einen scharfen ideologischen und organisatorischen Kampf zu führen, sich von rückständigen Auffassungen und den hartnäckigen Verteidigern rückständiger Auffassungen ein für allemal zu trennen und die Arbeit auf die jugendlichen Parteimitglieder und die Mitglieder der FDJ zu konzentrieren. Nur wenn es das Sekretariat des Kreises versteht, in einigen solcher Betriebe durch offene Kritik und Selbstkritik die breitesten Diskussionen zu entfachen, die rückständigen Auffassungen zu entlarven, deren Träger von der Mitgliedschaft zu isolieren und allen fortschrittlichen Genossen die größte Unterstützung und Hilfe zuteil werden zu lassen, wird es gelingen, eine Wendung herbeizuführen.

Eine Parteiorganisation, die nicht kämpft, die diese Fragen nicht offen stellt und feindliche Auffassungen nicht entlarvt, wird ihre Aufgaben nicht erfüllen können. Das sollte dem Kreissekretariat Veranlassung sein, einige dieser Beispiele auf der jetzt stattfindenden Kreiskonferenz offen zu behandeln, konkrete Beschlüsse über die oben aufgezeigten Maßnahmen zu fassen und die ideologischen Fragen zum Ausgangspunkt einer breiten Parteidiskussion zu machen.

Unsere Genossen in den Gewerkschaften muß dabei geraten werden, auf den Schulen nicht nur Allgemeinwissen zu vermitteln, sondern konkrete Anweisungen für die Arbeit der Funktionäre in den Privatbetrieben auszuarbeiten und ihnen damit zu helfen, das Mitbestimmungsrecht im Interesse der Belegschaft auszuüben.

Der Landesvorstand unserer Partei sollte einige Beispiele schlechter Arbeit unserer Parteiorganisationen in den Privatbetrieben als Anlaß einer gründlichen Umstellung seiner Instrukteurtätigkeit nehmen, um unseren Genossen dort zu helfen und ihnen die Wege aufzuzeigen, wie man sich von feindlichen Auffassungen befreit, die alte Politik des Burgfriedens überwindet und die Parteiorganisation in stand setzt, breiteste Massenaufklärung unter den Betriebsbelegschaften zu entfalten.

Diese Stellungnahme soll den Genossen in anderen Kreisen helfen, in gleicher Weise die Arbeit der Parteiorganisationen in den Privatbetrieben zu untersuchen und Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit zu treffen.